



Mindestlohn ? Lohndumping beenden

Mindestlohn - Lohndumping beenden
Zu Frühjahrsgutachten und Mindestlohndebatte erklärt Katrin Göring-Eckardt, Spitzenkandidatin BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
"Das Frühjahrsgutachten bedient die Einseitigkeit und Kurzsichtigkeit der Merkel-Koalition. Wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland für die Menschen hier - Lohndumping darf kein Geschäftsmodell mehr sein. Es gibt zu viele Aufstocker und zu viele, die sich nur noch mit Zweit- und Drittjobs über Wasser halten.
Ein flächendeckender Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde ist ein notwendiger Beitrag zur Herstellung fairer Wettbewerbsbedingungen, auch und insbesondere in Ostdeutschland. Wettbewerb darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden, ergänzende Arbeitslosengeld II-Leistungen dürfen nicht Teil der Lohnkalkulation der Arbeitgeber werden. Ein Stundenlohn von 8,50 Euro ist gerade ausreichend, um einen Alleinstehenden in Vollzeitbeschäftigung unabhängig von ergänzendem Arbeitslosengeld II zu machen.
In vielen europäischen Ländern, sei es in Großbritannien oder Frankreich, gibt es längst einen Mindestlohn - ohne vielfach behauptete negative Beschäftigungseffekte. Wir brauchen den Mindestlohn, auch weil eine stärkere Kaufkraft und Binnennachfrage in Deutschland ein wichtiges Signal in der Eurokrise wäre."
PRESSEDIENST BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bundesvorstand
Dr. Jens Althoff, Pressesprecher
Platz vor dem Neuen Tor 1 * 10115 Berlin
Email: <mailto:presse@gruene.de>
Tel: 030 - 28442 130 * Fax: 030 - 28442 234


Pressekontakt

Bündnis 90/Die Grünen

11015 Berlin

<mailto:presse@gruene.de>

Firmenkontakt

Bündnis 90/Die Grünen

11015 Berlin

<mailto:presse@gruene.de>

Wir wollen mit unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik die Voraussetzungen für neue Ausbildungsplätze und Arbeitsplätze mit Zukunft schaffen und soziale Ausgrenzung bekämpfen. Wir wollen den Kampf gegen die Klimazerstörung und für eine neue Energiepolitik verstärken. Unsere Wirtschaft wollen wir ressourcenschonend gestalten. Wir wollen eine neue Landwirtschaft und starke ländliche Räume, wir wollen die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher stärken und gesunde Lebensmittel für alle. Für uns hat die Gesundheit der Verbraucherinnen und Verbraucher Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen. Wir wollen den Menschen durch Bildung eine Zukunftsperspektive geben. Wir wollen das Engagement für Demokratie, Bürgerrechte, Minderheiten und eine weltoffene Gesellschaft weiterführen. Wir treten national wie international für die gerechte Globalisierung und eine dem Frieden, der Gewaltfreiheit, den Menschenrechten und der Demokratie verpflichtete Außenpolitik ein.